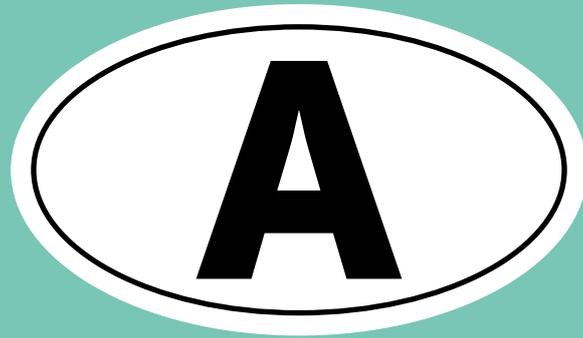


DER PLAN



**DIE SCHULEN MÜSSEN
NOCH VIEL LERNEN**

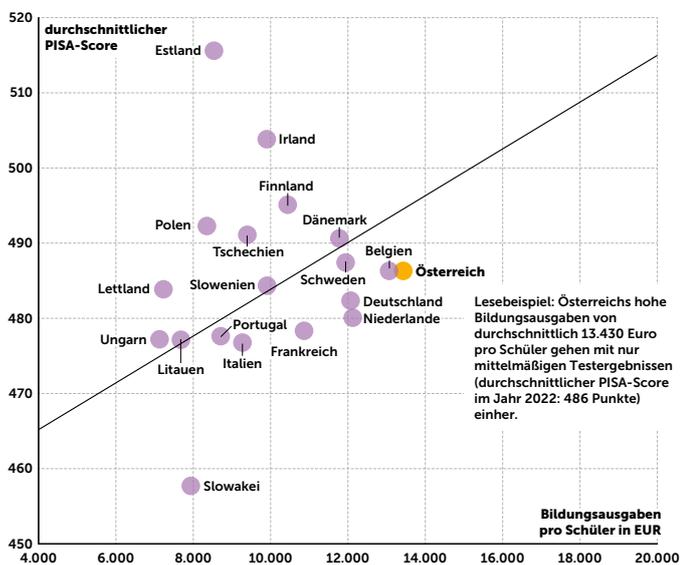
Österreich gibt sehr viel Geld für Bildung aus – und bekommt dafür nur mittelmäßige Resultate. In Schulnoten ausgedrückt verdient der Bereich bestenfalls ein „Befriedigend“. Dabei wäre es gar nicht so schwer, Eiserschüler zu werden, auf dem Bildungsmarkt gibt es viele gute Ideen. Die nächste Regierung muss das Rad also nicht neu erfinden. Sie sollte nur endlich in die Pedale treten.

Ein modernes Industrieland braucht ein funktionierendes Bildungssystem, das auch sozial benachteiligten Kindern den Aufstieg ermöglicht. So ein System darf ruhig etwas Geld kosten; in die Bildung der Jüngsten sind die Mittel bestens investiert. Kompliziert wird es aber bei der Frage, wie das Schulsystem organisiert sein soll, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Abb. 1: Bildungsausgaben pro Schüler und durchschnittliche PISA-Ergebnisse

Hohe Bildungsausgaben bei mäßigem Erfolg

– durchschnittliche PISA-Ergebnisse im Verhältnis zu durchschnittlichen Bildungsausgaben je Schüler



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD, PISA, EZB.
Anmerkung: Durchschnittliche Bildungsausgaben aller Bildungsstufen (exklusive Forschungs- und Entwicklungsausgaben) in Euro zu Preisen von 2020 (kaufkraft- und wechsellkursbereinigt) pro Schüler. Der mittlere PISA-Score 2022 ergibt sich aus den Testergebnissen der drei Teilgebiete (Lesekompetenz, Mathematik, Naturwissenschaft).

Der Status quo: Österreich gibt pro Schüler mehr Geld aus als die meisten anderen europäischen Länder, heimische Schüler sind bei internationalen Bildungstests aber meistens nur Mittelmaß (vgl. Abbildung 1). Zu viele Kinder können am Ende ihrer Schulpflicht nicht sinnerfassend lesen und/oder einfache Rechenaufgaben lösen. Mangelnde Deutschkenntnisse vieler Schüler überfordern das System zunehmend. Zudem

scheitert die Politik daran, den Lehrplan zukunftsfit zu machen, weil man sich von veralteten Inhalten nicht trennen will. Die nächste Regierung muss sich endlich bemühen, dass die aufgewendeten finanziellen Mittel auch dort ankommen, wo sie benötigt werden – bei den Schülern.

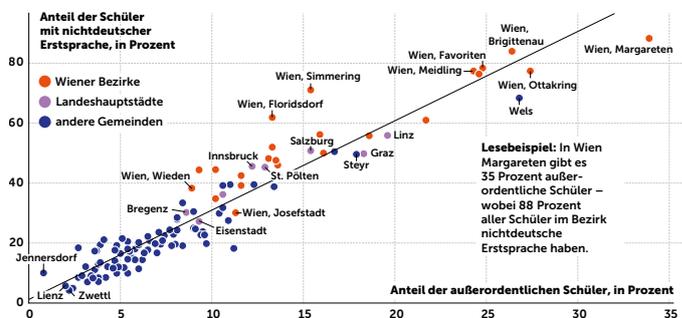
>> Herausforderung #1: Zu viele Kinder können dem Unterricht nicht folgen

Sieben von zehn Wiener Pflichtschülern sprechen im Alltag nicht vorwiegend Deutsch. Das muss nicht zwangsläufig ein Problem darstellen, Mehrsprachigkeit kann ja sogar ein Vorteil sein. Allerdings nur, wenn die Kinder Deutsch zumindest gut genug beherrschen, um dem Schulunterricht zu folgen. Letzteres ist leider sehr oft nicht der Fall (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2: Nichtdeutsche Alltagssprache und außerordentliche Schüler

Schulische Sprachbarrieren

– der Volksschüler im Schuljahr 2022/23, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.
Anmerkung: Daten basieren auf Angaben zu "im Alltag gebrauchte Sprache(n)" im Rahmen der Datenerhebung zur Schulstatistik gem. Bildungsdokumentationsgesetz. Bei weiteren angegebenen Sprachen kann auch Deutsch angeführt werden. Außerordentliche Schüler werden aufgrund nicht ausreichender Deutschkenntnisse als solche eingestuft.

Nicht nur die betroffenen Schüler leiden unter dieser Situation und werden um ihre Bildungschancen gebracht. Auch die Lehrer sind frustriert, weil ein regulärer Unterricht in solchen Klassen oft nicht möglich ist. Das beeinträchtigt dann wiederum alle anderen Kinder, die ebenfalls weniger lernen, wenn zu viel Zeit für die Klassenkollegen mit Defiziten aufgewendet werden muss, und denen damit wertvolle Entwicklungsmöglichkeiten verbaut werden. Das beste Schulsystem der Welt könnte unter solchen Bedingungen nicht funktionieren.

>> Empfehlungen für eine verbesserte Integration:

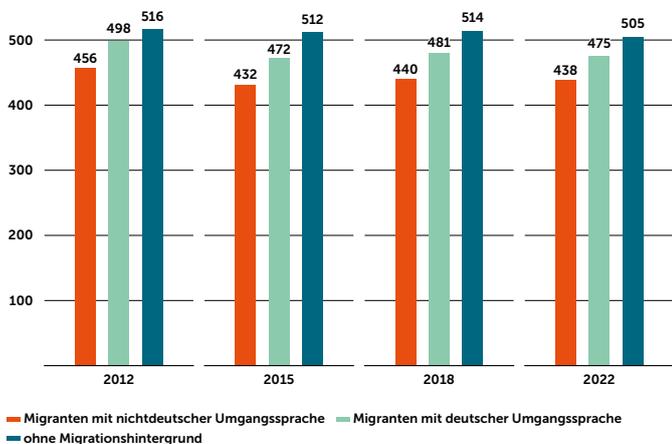
Der deutschen Sprache Vorrang geben

Mit der Sprach- und Lesekompetenz fängt alles an – die Ausbildung, der berufliche Erfolg, die gesellschaftliche Teilhabe. Der Spracherwerb spielt eine so entscheidende Rolle, dass diesem Ziel erst einmal Vorrang gewährt werden muss (vgl. Abbildung 3). Doch das heimische Bildungssystem lässt sich dabei viel Zeit: Erst bei der Schuleinschreibung wird im Zuge der verpflichtenden MIKA-D-Testung¹ festgestellt, ob das Kind ausreichend Deutsch spricht oder nicht. Mangelhafte Sprachkenntnisse führen zu einer Einstufung als außerordentlicher Schüler und zur verpflichtenden Teilnahme an einem Deutschförderkurs oder – sind die Kenntnisse unzureichend – einer gesonderten Deutschförderklasse. Doch im Schulstartalter hat das Unheil schon längst seinen Lauf genommen.

Abb. 3: Mathematikergebnisse nach Umgangssprache

Auswirkung der Umgangssprache auf den Lernerfolg

– durchschnittliche PISA-Mathematikergebnisse



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD.

Anmerkung: Migranten umfassen sowohl Migranten erster als auch zweiter Generation. Mit Umgangssprache ist die im Haushalt vorwiegend verwendete Sprache gemeint.



Der Staat muss viel früher aktiv werden. Bereits im Rahmen der Eltern-Kind-Pass-Untersuchung ist – ab einem Alter von drei Jahren² – eine Sprachstandfeststellung durchzuführen. Bei einer unzureichenden Entwicklung sollten die Eltern dazu verpflichtet werden, ihre Kinder in eine entsprechende Sprachförderung zu ge-

¹ MIKA-D (Messinstrument zur Kompetenzanalyse – Deutsch) ist ein standardisiertes Messverfahren zur Feststellung der Deutschkompetenz von Kindern und Jugendlichen mit Deutsch als Zweitsprache.

² Im Zuge der siebten bis neunten Eltern-Kind-Pass-Untersuchung.

ben und Fortschritte nach vorgegebenen Kriterien zu dokumentieren. Sollten Erfolge dennoch ausbleiben, zieht dies eine Verwarnung und ein verpflichtendes Beratungsgespräch nach sich. Hilft das auch nicht, sind finanzielle Sanktionen in Form von Bußgeldern oder Kürzungen von Sozialleistungen der nächste Schritt.³

Für Kinder, die bei der Sprachfeststellung Defizite aufzeigen, ist ein weiteres verpflichtendes Kindergartenjahr inklusive einer speziellen Sprachförderung in ganztägiger Betreuung notwendig. Wo es möglich ist, können technische Hilfsmittel das Personal dabei unterstützen.⁴ Um den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, sollten alle Pädagogen an Brennpunktschulen eine Fortbildung zum Umgang mit dieser herausfordernden Situation erhalten sowie erfahrene Mentoren als Ansprechpartner zur Seite gestellt bekommen.⁵

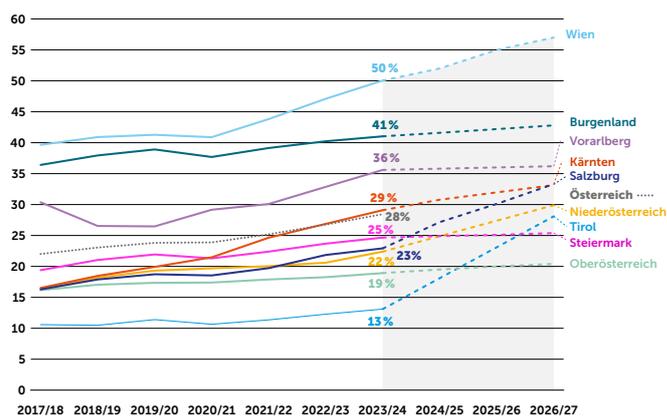
Einführung einer ganztägigen Schule

Mehr Zeit in der Schule und damit in einem geregelten Umfeld fördert die sprachliche und soziale Integration. Es sollten daher viel mehr Schulen in einen Ganztagsmodus wechseln.⁶ Derzeit gibt es beim Angebot noch große regionale Unterschiede (vgl. Abbildung 4).

Abb. 4: Ausbau ganztägiger Schulformen

Geplanter Ausbau der Ganztagsbetreuung

– Anteil der Pflichtschüler in ganztägigen Schulformen an allen Schülern in allgemeinbildenden Pflichtschulen, in Prozent



Quelle: BMBWF.

Anmerkung: Daten für die Schuljahre 2017/18 bis 2023/24 basieren auf den definitiven Stellenplänen der allgemeinbildenden Pflichtschulen. Die Quoten für das Jahr 2023/24 sind angegeben. Grundlage für die Schätzungen ab dem Schuljahr 2024/25 sind Meldungen zu den Ausbauplänen der jeweiligen Bundesländer.



³ Wie beim Arbeitslosengeld das Ablehnen von mehreren Jobmöglichkeiten sanktioniert wird, könnten auch hier Leistungen temporär gekürzt werden.

⁴ Gerade KI-gestützte Tools könnten im Rahmen eines „Blended Learning“-Ansatzes sinnvoll in der Sprachförderung integriert werden und den Bedarf an zusätzlichem Personal dadurch reduzieren.

⁵ Projekte, wie beispielweise Teach For Austria, die Schulen gezielt Bildungsbotschafter zuteilen, sollten aufgewertet werden.

⁶ Die ganztägige Schule kann in getrennter Nachmittagsbetreuung oder verschränkter Form – sprich einem Wechsel zwischen Unterrichts- und Betreuungszeit – erfolgen.

In Wien ging im vergangenen Schuljahr die Hälfte aller Pflichtschüler in eine Ganztagschule, in Tirol waren es nur 13,1 Prozent. Im landesweiten Schnitt besucht etwa jeder dritte Pflichtschüler eine ganztägige Schulform. Ziel sollte sein, in zehn Jahren zumindest für die Hälfte der Pflichtschüler – unabhängig vom Bundesland – eine Ganztagschule anzubieten. Bereits vorhandene Pläne der Politik müssten also kräftig nachgebessert werden.⁷

Eine ganztägige Schule bietet unter anderem den Vorteil, dass die Kinder nicht mehr auf ihre Eltern angewiesen sind, wenn sie etwa bei den Hausaufgaben Hilfe brauchen. Sollten weiterhin Sprachdefizite bestehen, sind diese in Sprachkursen im Zuge der Ganztagschule zu lösen. Gerade für Schüler aus bildungsfernen Familien ist ein solches System ein großer Gewinn. Durchaus erwünschter Nebeneffekt: Eltern wird es dank ganztägiger Betreuung ermöglicht, sich ihrem Beruf und ihrer Karriere zu widmen.

Um sicherzugehen, dass Schüler innerhalb des Ganztages alle Aufgaben erledigen und Eltern gleichzeitig einem Vollzeitjob nachgehen können, müsste die derzeit gültige Regelung, dass die Betreuung bis mindestens 16:00 Uhr gewährleistet sein muss, auf zumindest 17:30 Uhr ausgeweitet werden. Auch in unterrichtsfreien Zeiten muss eine qualitative Betreuung bereitgestellt werden.

Eltern wird es dank ganztägiger Betreuung ermöglicht, sich ihrem Beruf und ihrer Karriere zu widmen.

Länger gemeinsam und digitalisierter lernen

In Österreich werden die Weichen für eine allfällige akademische Laufbahn schon nach vier Jahren Volksschule gestellt. Für Spätstarter oder Schüler, die aufgrund von sozialen Umständen und Nachholbedarf bei der Sprache zurückfallen, kommt dies schlicht zu früh. Wie andere Länder vorzeigen, ist eine spätere Trennung besser, zum Beispiel erst nach sechs gemeinsamen Jahren. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass leistungsstarke Schüler darunter nicht leiden müssen. Positive Auswirkungen für leistungsschwächere Schüler sind hingegen deutlich nachweisbar.⁸

⁷ Der zusätzliche Personalbedarf könnte durch eine Verstärkung des administrativen Personals in den Schulen gedeckt werden, um die Lehrkräfte für pädagogische Tätigkeiten freizuspielen.

⁸ Vgl. z. B. Carneiro and Heckman (2003); Frawley, D. (2014).

>> Herausforderung #2: Das für das Bildungssystem aufgewendete Geld wird nicht effizient eingesetzt

Unser Staat gehört, wie erwähnt, international zu den Spitzenreitern bei den Bildungsausgaben pro Schüler. Aber derzeit verpufft viel Geld, weil es nicht effizient eingesetzt wird – also nicht bei den Schülern ankommt. Vor 20 Jahren stand das Londoner Bildungssystem vor ähnlichen Herausforderungen, wie sie Österreich und speziell Wien heute umtreiben: ein hoher Anteil an Schülern mit Migrationsgeschichte oder bildungsfernem Familienhintergrund und miserable Ergebnisse bei Leistungstests. Unter Premierminister Tony Blair wurde daraufhin 2003 die „London Challenge“ ins Leben gerufen. Ziel war es, die Standards in „Problemschulen“ zu heben und damit auch die Kluft zwischen den Bildungsabschlüssen der Schüler zu verringern.

Derzeit verpufft viel Geld, weil es nicht effizient eingesetzt wird – also nicht bei den Schülern ankommt.

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten: eine Vernetzung der Schulen miteinander, um gegenseitige Hilfeleistungen zu ermöglichen; die Einführung einer Datenbank, um Vergleiche zwischen den Schulen anzustellen und Weiterentwicklungen beurteilen zu können; und nicht zuletzt die Einsetzung von erfahrenen Pädagogen als Berater an „Problemschulen“. Schulen, die keine Fortschritte erzielten, wurden kurzerhand geschlossen. Innerhalb weniger Jahre zeigten sich beachtliche Fortschritte. Obwohl die „London Challenge“ längst ausgelaufen ist, zählen Schulen in der Hauptstadt nach wie vor zu den besten öffentlichen Bildungseinrichtungen des Vereinigten Königreichs.

>> Empfehlungen für eine „Austrian Challenge“:

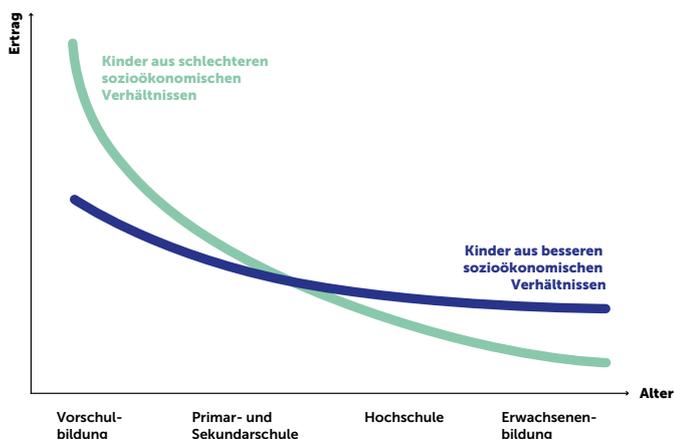
Österreich, allem voran Wien, sollte die Erfahrungen aus London mit den neuen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz verknüpfen und so eine „Austrian Challenge“ starten. Vier wichtige Punkte sind dabei zu beachten: Je früher Probleme angegangen werden, desto effektiver wird die Lösung. Mehr Hilfen muss es an Standorten geben, wo die Herausforderungen am größten sind. Empirische Analysen bringen Verbesserung. Und die Schulen brauchen mehr individuelle Entscheidungsmacht.

„Früh übt sich“ – verstärkter Fokus auf frühkindliche Bildung

Die ersten Jahre sind entscheidend für die sprachliche und soziale Entwicklung eines Menschen. Kinder sind in frühen Jahren besonders lernfähig. Was in dieser Zeit verpasst wird, erhöht später die Kosten für das Bildungssystem, aber auch für die Gesellschaft insgesamt (vgl. Abbildung 5).

Abb. 5: Erträge von Bildungsinvestitionen

So wichtig sind die Investitionen in Bildung



Quelle: Petanovitsch & Schmid (2012).



Reformen kosten natürlich Geld. Dieses muss aber nicht durch neue Steuereinnahmen aufgetrieben werden, sondern könnte durch eine Umstrukturierung der Bildungsausgaben frei werden. Hierzulande wird für die frühen Phasen der Bildungskarriere – im Verhältnis zu fortgeschrittenen Ausbildungsstufen – wenig Geld ausgegeben. Länder wie Dänemark, Schweden oder Estland investieren deutlich mehr in die ersten Jahre (vgl. Abbildung 6). Sie sparen sich damit später viel Geld und schneiden bei Bildungstests meist besser ab. Daran sollte sich Österreich ein Beispiel nehmen.

Außerdem sollte die Politik den Markt für sich arbeiten lassen und dem Beispiel der Niederlande folgen. Dort bekommen Familien sogenannte Bildungsschecks, die sie dann für öffentliche oder private Betreuungsmöglichkeiten einsetzen können. Der Anteil an Schülern in Privatschulen gehört in den Niederlanden zu den weltweit höchsten.⁹ Garantiert wird jeweils ein hoher Qualitätsstandard, dessen Aufrechterhaltung regelmäßige Evaluierung und entsprechende Adaptierungen sichern.

⁹ 2022 lag der Anteil der Privatschulen in den Niederlanden bei 44,7 Prozent (PISA, 2022).

Abb. 6: Bildungsausgaben im Europa-Vergleich

So hoch sind Österreichs Bildungsausgaben im Europa-Vergleich

– Ausgaben für jeweiligen Bildungsbereich in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020

	Summe in Prozent des BIP	Früherziehung	Primarstufe	erste Sekundarstufe	zweite Sekundarstufe	Tertiärstufe
Österreich	5,01	0,79	0,97	1,16	0,94	1,15
Frankreich	5,74	0,75	1,28	1,30	1,26	1,14
Niederlande	5,13	0,42	1,24	1,13	1,22	1,12
Spanien	5,44	0,83	1,49	0,98	1,05	1,09
Lettland	5,13	1,17	1,36	0,67	0,88	1,05
Slowenien	5,51	1,12	1,67	0,79	0,92	1,02
Estland	5,47	1,34	1,76	0,87	0,57	0,93
Polen	5,09	0,91	1,23	1,10	0,95	0,90
Litauen	4,60	1,17	0,86	1,20	0,49	0,89
Dänemark	6,09	1,31	1,80	1,18	0,91	0,89
Finnland	5,95	1,23	1,44	1,15	1,24	0,89
Slowakei	4,77	0,73	1,15	1,17	0,93	0,79
Deutschland	4,90	1,10	0,75	1,33	0,97	0,76
Schweden	6,62	1,84	1,99	0,92	1,12	0,76
Tschechien	4,70	0,64	1,05	1,24	1,06	0,70
Italien	4,41	0,54	1,26	0,67	1,25	0,70
Ungarn	4,06	0,75	0,87	0,84	0,96	0,65
Irland	2,91	0,14	1,16	0,54	0,51	0,57
Luxemburg	3,83	0,55	1,22	0,83	0,91	0,31

Quelle: Eigene Berechnungen, OECD. Anmerkung: Berücksichtigt sind nur Länder, die Ausgaben für die frühkindliche Erziehung ausweisen. Absteigend gereiht nach dem Anteil der Ausgaben für die Tertiärstufe (exklusive Ausgaben für Forschung und Entwicklung).



Mehr Geld für größere Herausforderungen

Um überhaupt zu wissen, wo die Problemschulen sind, sollte ein Sozialindex eingeführt werden, der auf verschiedenen Faktoren – etwa den Sprachkompetenzen der Schüler oder der Anzahl jener mit Förderbedarf – basiert.¹⁰ Dieser Index müsste dann Auswirkungen auf das Budget haben. Schulen mit mehr Bedarf hätten so Anspruch auf mehr Geld.

Mehr Freiheit und Transparenz

Was die Schulen mit ihrem Budget machen, sollte ihnen aber weitgehend freigestellt werden. Die Leitung vor Ort weiß meist am besten, wo der Schuh drückt. Ob bessere Lehrer eine Gehaltserhöhung erhalten sollen oder ob lieber in Geräte oder Fortbildung investiert wird, wäre dann eine Entscheidung des Direktors.¹¹ Dafür braucht es natürlich eine entsprechende Ausbildung. Die Schulleitung muss sich gewissermaßen als Management verstehen. Darüber hinaus gilt es Schulen untereinander zu verknüpfen, damit sie voneinander lernen und erfolgreiche Projekte kopieren können. Hier sollte eine Plattform für den Austausch von Schulleitung und Lehrkräften mit anderen Einrichtungen geschaffen werden. Dafür wiederum braucht es allerdings zuerst einmal eine Datenbasis, die transparent aufzeigt, was funktioniert und was eben nicht.

¹⁰ „Pupil premium“ ist ein englisches Förderprogramm, das basierend auf festgesetzten Kriterien jährlich angepasste Fördergelder an Schulen oder auch lokale Behörden auszahlt. Vgl. z. B. Böttcher et. al. (2014); Nusche et al. (2016).

¹¹ Sollte dafür eine Änderung des Dienstrechts notwendig sein, würde dies für alle angehenden Lehrkräfte gelten. Bestehendes Lehrpersonal kann in das neue System wechseln.

Transparenz macht fast jedes Angebot besser, und das gilt auch für die Schulen. Ein wichtiger Schritt wäre daher die Einführung einheitlicher Evaluierungsstandards, sowohl für die Schüler als auch für die Lehrer und einzelne Projekte. Ein bewährtes Instrument ist etwa das „Schüler-Tracking-System“, das nicht nur den jeweiligen Lernerfolg darstellt, sondern in dem die Schüler auch die Qualität ihrer Lehrer und des Lehrstoffs beurteilen müssen. Die Ergebnisse sollten jährlich ausgewertet und öffentlich einsehbar gemacht werden. So bekommen auch die Eltern Einblick in die Entwicklung der Schulen und können untereinander vergleichen. Das Motto: In den Schulen gibt es nichts zu verstecken.

Gemessen werden sollen die Schulleitungen an den Ergebnissen der Schülerschaft bei Bildungstests, die künftig auch öffentlich einsehbar sein sollten.

Nicht nur die Schüler, auch die Schulleitung sollte das Lehrpersonal regelmäßig evaluieren. Derzeit wird in Österreich nur jede vierte Lehrperson mindestens einmal jährlich beurteilt.¹² Die Ergebnisse bleiben aber häufig ohne jede Konsequenz. Daher sollten die Direktoren künftig über Gehaltsvorrückungen des eigenen Personals entscheiden dürfen. Lehrer mit besonders guten Evaluierungen und leistungsstarken Schülern können so deutlich besser entlohnt werden, was wiederum die Motivation erhöht. Mitarbeiter mit mickrigen oder gar negativen Ergebnissen sollten zu gezielten Fortbildungen verpflichtet werden. Bei ausbleibenden Aufholprozessen muss auch eine Entlassung im Rahmen der Möglichkeiten sein.

Aber auch Direktoren müssten sich einer Evaluierung stellen. Gemessen werden sollen sie an den Ergebnissen der Schülerschaft bei Bildungstests, die künftig auch öffentlich einsehbar sein sollten. Auch hier gälte das Prinzip des Wettbewerbs: Gute Arbeit wird finanziell belohnt, schlechte wird sanktioniert, bis hin zur Absetzung der Schulleitung durch die jeweilige Bildungsdirektion. Eine transparente Kommunikation der Ergebnisse würde automatisch den Druck auf die Schulen erhöhen. Der Anreiz, selbst zu den Besten zu gehören, würde steigen.

Transparenz und Entscheidungsbefugnis in Kombination mit dem Sozialindex könnten am ehesten sicher-

stellen, dass die besten Lehrkräfte dort arbeiten, wo sie am meisten gebraucht werden. Empirische Studien¹³ zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen den Unterrichtsqualitäten der Lehrpersonen und den schulischen Erfolgen der Schüler. Derzeit gibt es hier leider einen starken Mismatch; es sind häufig wenig erfahrene oder unsichere Lehrkräfte, die in Problemklassen unterrichten.¹⁴

>> Herausforderung #3: Der Lehrplan ist verstaubt

Die Anforderungen an die Schüler haben sich über die Jahre verändert. Am Arbeitsmarkt und im täglichen Leben werden heute nicht mehr dieselben Fähigkeiten nachgefragt wie vor einigen Jahrzehnten. Ernsthafte Debatten über die (Neu-)Gestaltung des Lehrplans finden aber kaum statt.

Dabei reicht es nicht, einfach ein paar neue Fächer einzuführen. Die Lehrpläne brauchen eine gründliche Überarbeitung. Derzeit wird zu einseitig auf die „Hauptfächer“ Mathematik, Deutsch oder Fremdsprachen fokussiert. Finanzbildung hingegen muss im Geografieunterricht Platz finden, der Informatikunterricht ist in manchen Schulen noch immer freiwillig. Oft sind die Lehrer selbst nicht ausreichend ausgebildet, um ihren Schülern neue Inhalte näherzubringen.

>> Empfehlungen für eine generalüberholte Lehrerausbildung und einen neuen Lehrplan:

Verknüpfter Unterricht statt neuer Fächer

Moderner Unterricht sollte eine kritische Auseinandersetzung mit diversen Themen fördern und die Schüler befähigen, sich eine Meinung zu bilden und diese auch pointiert kundzutun. Wer sachlich versiert diskutieren kann, hat in der Arbeitswelt einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Wirtschaftspolitik und finanziellen Kompetenzen sollte künftig schon in der Volksschule ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Natürlich wäre ein eigenes Schulfach Wirtschaft sinnvoll, aber damit ist es nicht getan. Ökonomische Zusammenhänge können auch in

¹² Vgl. z. B. Talis (2018).

¹³ Vgl. z. B. Chetty et al. (2014).

¹⁴ Vgl. z. B. OECD (2022).

Mathebeispielen aufgegriffen, internationale Handelsverflechtungen in den Fremdsprachenunterricht integriert werden. Vereinheitlichungs- und damit Einsparungspotenzial besteht hingegen beim in Österreich je nach Region und Schultyp sehr unterschiedlich angebotenen Religions- beziehungsweise Ethikunterricht. Anstelle eines für alle verpflichtenden katholischen Religionsunterrichts oder diverser Wahlmöglichkeiten sollten alle Schüler eine Stunde pro Woche an einem Ethikunterricht teilnehmen. Damit könnte ein objektiver Überblick über verschiedene Religionen, Moral- und Wertvorstellungen allen Schülern verpflichtend vermittelt werden. Schüler sollten sich so kritisch mit den eigenen religiösen und moralischen Einstellungen auseinandersetzen, gegenseitige Akzeptanz entwickeln und auch den Hintergrund unseres Rechtssystems verstehen. Glaubensmotivierte Konflikte könnten so reduziert werden.

Grundvoraussetzung für einen guten Unterricht ist die gezielte Aus- und permanente Weiterbildung des Lehrpersonals.

Neben dem regulären Unterricht sollten Schulen verstärkt Exkursionen und Unternehmensbesichtigungen in den Unterrichtsalltag integrieren. Auch Workshops mit externen Gastdozenten sind sinnvoll, um Schülern einen praxisnahen Einblick in verschiedene relevante Bereiche zu ermöglichen. Studien¹⁵ zeigen, dass die Wissensvermittlung durch Gleichaltrige besonders gut angenommen wird. Warum also nicht einmal einen jungen „Finfluencer“¹⁶ über Wirtschaft reden lassen?

Viele Unternehmen bieten auch Möglichkeiten für Praktika oder Neben- beziehungsweise Sommerjobs, von denen Schüler aber oft nichts wissen. Im Rahmen eines dynamisch gestalteten Unterrichts könnten sich solche Unternehmen und Institutionen präsentieren und dadurch die Annahme von Praktika und Jobs schon während der Schulzeit erleichtern. Der Eintritt ins Berufsleben fällt auf diese Art erheblich leichter.

¹⁵ Vgl. z.B. Riitsalu et al. (2023).

¹⁶ „Finfluencer“ sind Influencer, die sich auf Finanzthemen spezialisiert haben. Sie nutzen hauptsächlich soziale Medienplattformen wie YouTube, Instagram, TikTok und Twitter, um ihre Inhalte zu teilen und ihre Abonnenten über verschiedene finanzielle Themen zu informieren und zu beraten.

Lehrpersonen fit für den Lehrplan machen

Grundvoraussetzung für einen guten Unterricht ist die gezielte Aus- und permanente Weiterbildung des Lehrpersonals. Hier braucht es eindeutig bessere Angebote und Materialien, vor allem bei digitalen Inhalten. Ähnliches gilt für die Finanzbildung und die wirtschaftliche Kompetenz. Viele Lehrer sagen selbst, dass es ihnen in diesen Bereichen an Wissen mangelt und sie sich daher unsicher fühlen. Gezielte Weiterbildungsangebote fehlen aber oft.¹⁷ Aber nicht nur eine inhaltliche, sondern auch didaktische Ausbildung für eine zielführende Gestaltung des Unterrichts ist gefordert.

Aufgabe eines Lehrers ist längst nicht mehr nur die Vermittlung von fachspezifischen Inhalten. Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken sind die vier Schlagworte moderner Pädagogik.¹⁸ Die Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation ist entscheidend für die Umsetzung eines fächerübergreifenden Unterrichts. Kreativität und kritisches Denken wiederum werden als besonders wichtige Zukunftskompetenzen betrachtet, deren Vermittlung aber äußerst schwierig ist. Entsprechende Schulungen und Trainings für Lehrpersonen sind daher notwendig. Das Gleiche gilt für die Leitung von Gruppenarbeiten und Teambuilding-Aktivitäten.

Es gibt also eine ganze Menge, was die Politik im Bildungssystem ändern kann – und muss, wenn Österreich in diesem Bereich besser werden soll. Die Frage der Finanzierbarkeit stellt sich bei den meisten unserer Vorschläge nicht. Die gute Schule von morgen wird nicht mehr kosten als die mittelmäßige Schule von heute.

¹⁷ Vgl. Felbermayr (2024).

¹⁸ Entsprechend des im Bildungsauftrag sogar gesetzlich verankerten 4K-Modells.

Literatur

- Böttcher, W., Hogrebe, N., Berkemeyer, N., Bos, W., Hermstein, B., Makles, A., Weishaupt, H. (2014).** Bildungsfinanzierung und Bildungsgerechtigkeit. In: Drossel, K., Strietholt, R., Bos, W. (Hrsg.): Empirische Bildungsforschung und evidenzbasierte Reformen im Bildungswesen. Waxmann, Münster, 11–31.
- Carneiro, P. M., Heckman, J. (2003).** Human Capital Policy. IZA Discussion Paper, No. 821. Online verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.434544>.
- Chetty, R., Friedman, J. N., Rockoff, J. E. (2014).** Measuring the impacts of teachers I: Evaluating bias in teacher value-added estimates. In: American economic review, 104 (9), 2593-2632.
- Felbermayr, K. (2024).** Finanzbildung: Was brauchen bzw. wünschen sich GW-Lehrer:innen für den Unterricht? OeNB 2024/9. Online verfügbar unter: <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2024/report-2024-9-finanzbildung/html-version.html> (abgerufen am 12.08.2024).
- Frawley, D. (2014).** Combating educational disadvantage through early years and primary school investment. In: Irish Educational Studies, 33 (2), 155–171.
- Nusche, D., Radinger, T., Busemeyer, M., Theisens, H. (2016).** OECD Reviews of School Resources: Austria 2016. OECD Publishing, Paris. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/9789264256729-en>.
- OECD (2022).** Mending the Education Divide: Getting Strong Teachers to the Schools That Need Them Most. TALIS, OECD Publishing, Paris. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/92b75874-en>.
- OECD (2023).** Bildung auf einen Blick 2023: OECD-Indikatoren. wbv Media, Bielefeld, OECD Publishing, Paris. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/34087b82-de>.
- Petanovitsch, A., Schmid, K. (2012).** Zum Nutzen frühkindlicher Betreuung und Förderung. Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft. Online verfügbar unter: <https://ibw.at/resource/download/1072/ibw-kurzexpertise-nutzen-fruehkindliche-betreuung.pdf> (abgerufen am 12.08.2024).
- PISA (2022).** PISA 2022. Table II.B1.6.13. Online verfügbar unter: https://www.oecd-ilibrary.org/sites/a97db61c-en/1/4/4/index.html?itemId=/content/publication/a97db61c-en&csp_=19432322e94c-5717b030a7b2f5fd1b3c&itemIGO=oecd&itemContentType=book (abgerufen am 12.08.2024).
- Riitsalu, L., Sulg, R., Lindal, H., Remmik, M., Vain, K. (2024).** From Security to Freedom— The Meaning of Financial Wellbeing Changes with Age. In: Journal of Family and Economic Issues, 45, 56–69.
- TALIS (2018).** Teaching and Learning International Survey. Online verfügbar unter: <https://www.iqsgv.at/talis-2018> (abgerufen am 12.08.2024).

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Antonia Hittmair, BSc.

Mag. Hanno Lorenz

Carmen Tremel, MSc.

Begutachtung

Univ.-Prof. Dr. Martin Halla

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at